

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Benelux wollen ihre Souveränität behalten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Benelux wollen ihre Souveränität behalten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 2, pp. 77-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131462>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

halt nur schwer vor Fehlbeträgen zu schützen ist, ebenfalls entscheidend ins Gewicht. Stellt Deutschland die Zahlungen für den Unterhalt der auf seinem Boden stationierten alliierten Truppen ein, muß Frankreich aus eigenen Mitteln zusätzlich mindestens 100 Mrd. ffrs. aufbringen, während es ihm zur Zeit ernstlich Sorgen bereitet, wie es seine Steuerschraube für die noch fehlenden 50 Mrd. ffrs. seines eigenen Verteidigungsprogrammes weiter anziehen soll. Man ist zudem in sämtlichen Kreisen unabhängig von der Einstellung zur Europaarmee und der deutschen Remilitarisierung davon überzeugt, daß die Bundesrepublik ihren Verteidigungsbeitrag geringer einschätzt, als es der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entspräche. Paris stützt sich auf alliierte und nicht zuletzt amerikanische Schätzungen, die bei dem augenblicklichen Steuersystem einen Betrag von 13 Mrd. DM jährlich für durchaus tragbar halten. In der von Finanzminister Schäffer während langer Zeit verteidigten

Summe von 7 Mrd. DM sah man geradezu einen schlechten Scherz, und auch das zweite Angebot in Höhe von 9 Mrd. DM wurde nicht ernst genommen. Die Finanzfrage verwandelte sich so ziemlich schnell in eine neue Quelle des Mißtrauens.

Der französische Plan eines gemeinsamen europäischen Militärbudgets blieb allerdings davon unberührt. Über diesen Punkt gab es während der gesamten Europaarmeeverhandlungen kaum eine ernstliche deutsch-französische Meinungsverschiedenheit. Die Schwierigkeiten gingen hauptsächlich von Belgien aus, das als wirtschaftlich und finanziell leistungsfähigstes Land in den gemeinsamen Wehrfonds die relativ höchste Quote einzahlen müßte und daher mit dieser Methode nicht einverstanden sein wollte. Für Frankreich hatte das gemeinsame Budget stets einen vorwiegend politischen Hintergrund, denn es sollte den übernationalen Charakter der Europaarmee bekräftigen und die Handlungsfreiheit der einzelnen Mitgliedstaaten einschränken. Finan-

ziell erhofft man sich davon ferner eine reibungslosere und ausgedehntere Hilfe der USA. Wie weit man auf französischer Seite gewillt ist, die besonderen sozialen Lasten Deutschlands anzuerkennen, ist schwer zu sagen. Ganz allgemein lebt die französische Wirtschaft in der sachlich unberechtigten Psychose der eigenen sozialen Überbelastung und ist daher selten bereit, die Argumente anderer Länder zur Kenntnis zu nehmen.

Auf ganz anderer Ebene ist der neuerdings immer deutlicher zu Tage getretene Wunsch gewisser französischer Industriegruppen nach einer baldigen Beteiligung Deutschlands an der westlichen Verteidigung zu erwähnen, weil man sich davon eine Schwächung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten erhofft. Diese Kreise würden es als höchst peinlich empfinden, wenn Deutschland ungestört durch Rüstungsproduktion für den Export arbeiten könnte, während sie selbst aus militärwirtschaftlichen Gründen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt werden. (fr.)

Benelux wollen ihre Souveränität behalten

Den Haag, 10. Februar 1952
Welche Erwägungen veranlassen die Beneluxstaaten zu ihrer Stellungnahme, die das Zustandekommen einer Europa-Armee gefährdet? Im voraus sei bemerkt, daß hier allgemeinpolitische Überlegungen eine wichtigere Rolle als wirtschaftspolitische zu spielen scheinen.

Schon in der Ministerkonferenz der Beneluxstaaten vom 25. Oktober 1951 waren viele Bedenken gegen die Tendenzen einer Europa-Armee laut geworden. Diese Bedenken waren sowohl politischer wie auch wirtschaftlicher und finanzieller Natur und kulminierten in einer scharfen Ablehnung jeglicher „föderalen“ Autonomie über die Armee. Dieser Standpunkt stand also in vollem Gegensatz zu den Meinungen Westdeutschlands, Frankreichs und Italiens und kam bei den Pariser Verhandlungen deutlich zum Ausdruck.

Die Beneluxstaaten wünschten ursprünglich, daß jedes Land sein eigenes Kontingent der Europa-Armee finanzieren sollte. Eine Mil-

derung dieses Standpunktes, ohne jedoch dessen grundsätzlichen Inhalt preiszugeben, schien der Vorschlag Stickers zu sein, daß es nur ein gemeinschaftliches Budget für administrative Zwecke geben sollte. Weiter sollen, nach Ansicht der Beneluxstaaten, alle finanziellen Beiträge der Staaten von den Regierungen und Parlamenten festgesetzt und genehmigt werden.

Abgesehen von den politischen Fragen ist es deutlich, daß die Niederlande, die sehr verarmt aus dem Krieg hervorgegangen sind, sehr darauf achten müssen, daß die finanziellen Anforderungen den Möglichkeiten und der Leistungsfähigkeit des Landes entsprechen. Diese sind aber bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht sehr groß. Die Nachkriegsprobleme, der Wiederaufbau, der Export, die Überbevölkerung usw. reihen sich an die durch die Ausgabenpolitik der Regierung hervorgerufenen Spannungen.

Die Lage Belgiens ist wirtschaftlich etwas anders als die der

Niederlande. Bekanntlich geht es diesem Lande wirtschaftlich besser als seinen Nachbarn. Was aber die Außenwelt sich nicht genügend vergegenwärtigt, ist, daß sich in Belgien schon ein Konjunktumschlag, oder vielleicht nur eine Konjunkturabschwächung, bemerkbar macht. Wie dem auch sei, auch die Belgier wollen grundsätzlich und auf Grund praktischer Erwägungen ihre Souveränität in den Budgetfragen behalten. Man befürchtet ferner in Brüssel, daß bei einem Aufgehen des belgischen Militärbudgets in ein allgemein europäisches bestimmte Staaten die Möglichkeit erhalten würden, aus dem gemeinschaftlichen Fonds zu schöpfen, was sie nicht im Rahmen der EZU. erhalten können. Übrigens würde auch für Belgien die im Harrimanbericht geforderte Erhöhung seines Militärbudgets um etwa 50% die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes weit übertreffen. Auch Belgien — sogar Belgien, sagen die Nachbarn — hat finanzielle Schwierigkeiten. (-e)